

Entschließung des 31. Landesgewerkschaftstages

Qualität der kommunalen Aufgabenerfüllung nicht aufs Spiel setzen

Die letzten Monate haben nicht nur durch die Flüchtlingsthematik auf dramatische Weise aufgezeigt, dass die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an ihre Grenzen kommen. Es fehlt an Personal und an Geld, zunehmend aber auch an einer wirkungsvollen politischen Steuerung.

Die Herausforderungen und Probleme unseres Gemeinwesens landen aber letztendlich dort, wo sich die Praxis und die Lebenswirklichkeit abspielen: auf kommunaler Ebene.

Hier geht es zum Beispiel darum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Einrichtungen für junge, alte, behinderte und pflegebedürftige Menschen vorzuhalten und Mobilität durch den öffentlichen Personennahverkehr sowie moderne Straßen und Wege zu gewährleisten. Dazu gehören außerdem zeitgemäße Angebote im Kultur- und Freizeitbereich, gepflegte Grünflächen, Ver- und Entsorgung, soziale Dienstleistungen und ein attraktives Umfeld für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Nicht zuletzt ist die verlässliche Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen in verschiedensten Aufgaben- und Rechtsgebieten zu nennen.

Das Personal in den kommunalen Verwaltungen, Einrichtungen und Betrieben hat also einen maßgeblichen Anteil daran, dass unser demokratischer Rechts- und Sozialstaat, ja der Zusammenhalt der Gesellschaft funktioniert. Doch diese von den Bürgern zu Recht erwartete Funktionsfähigkeit kann zunehmend nicht mehr gewährleistet werden.

Deshalb fordert die komba gewerkschaft:

- Für die von den Kommunen zu erfüllenden Aufgaben müssen die **notwendigen finanziellen Mittel** auch zur Verfügung stehen. Dabei haben sich die Einnahmen dauerhaft und verlässlich an den Aufgaben zu orientieren. Die aus unzureichenden Mitteln entstehenden Fehlentwicklungen wie Personalabbau, Einkommensbremsen, Ausgliederungen/Privatisierungen, Investitionsstau und zwangsläufige Qualitätseinbußen können nicht akzeptiert werden, weil sie den öffentlichen Aufgaben erheblich schaden.
- Für das Personal müssen sichtbar **attraktive Arbeits- und Einkommensbedingungen** vorhanden sein. Dabei geht es nicht um Privilegien, sondern um Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit, leistungsfähiges und motiviertes Personal zu gewinnen und zu binden. Das Vorenthalten einer kommunalen Entgeltordnung, die sachwidrige Diskussion über zu hohe Versorgungskosten, die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbelastungen und die routinemäßigen Bestrebungen, eine faire Entwicklung der Bezahlung zu verhindern, wirken abschreckend und müssen sofort beendet werden. Stattdessen muss eine unmissverständliche Wertschätzung für öffentliche Aufgaben und für diejenigen, die sie erfüllen, sichtbar werden
- Für die Verwaltungen müssen **Strukturen** an die öffentlichen Aufgaben angepasst werden. Dabei geht es nicht um Organisationsreformen auf kleiner Ebene, die häufig lediglich Reformaktivität als Selbstzweck zum Gegenstand haben und die Beschäftigten eher von ihrer Arbeit abhalten. In einem übergreifenden Projekt müssen ausgehend von den öffentlichen Aufgaben sowohl für die Bürger als auch für die Beschäftigten schlüssige, übersichtliche, demokratische und effiziente Strukturen mit klaren Zuständigkeiten bestehen. Hier sind auch die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene gefordert. Das Ziel sind leistungsfähige Verwaltungseinheiten, in denen alle bürgernahen Standardaufgaben professionell erledigt werden.